

Sozialpolitiker Frankfurts von CDU, FDP, GRÜNEN UND SPD fordern gemeinsam ihre Berliner Kollegen auf:

KULTUR DER PFLEGE

ist PFLEGE DER KULTUR

REFORM DER PFLEGEVERSICHERUNG BALD HERBEIFÜHREN, UM EIN WÜRDEVOLLES ÄLTERWERDEN IN PFLEGEHEIMEN ZU GEWÄHRLEISTEN.

Auf dem Fest „Von Bürgern für Bürger“ des Frankfurter Forums für Altenpflege äußerten in großer Einigkeit die Politiker des Ausschusses für Jugend und Soziales, Seniorinnen und Senioren, dass das bestehende Altenpflegesystem nicht mehr den Anforderungen der Bewohnerschaft in Deutschlands Pflegeheimen gerecht werde. Rudi Baumgärtner, SPD, Marcus Bocklet, GRÜNE, Hilde Krauß, CDU, und Yanki Pürsün, FDP und die Stadtverordnetenversammlung, setzen sich seit 2001 dafür ein, dass die psychosoziale Betreuung – vor allem von Demenzzkranken - in Frankfurts Pflegeheimen mit jährlich 1,7 Mio. Euro zusätzlich finanziell unterstützt wird.

Sie wollen sich auch weiterhin für dieses zukunftssträchtige Sofortprogramm engagieren.

Ingo Staymann, Leiter des Frankfurter Amtes für Soziales und Jugend, betonte u.a. die gute und lang währende Zusammenarbeit der stationären Altenpflege in der Metropole.

Frankfurt, wo 1848 das erste deutsche Bürgerparlament in der Paulskirche tagte, ist die einzige Kommune Deutschlands, die diese zusätzlichen Leistungen – über die engen Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung hinaus – gewährt. Die Ergebnisse dieses Programms können sich sehen lassen, denn sie haben u.a. zu einer besseren Kommunikation der Heime untereinander geführt und die Qualität der Betreuung durch einen übergreifenden Lernprozess vorangebracht.

Zustande kam dies alles durch einen dynamischen Prozess, in dem Altenpflegebasis, Politik, Bürger, Verbände, Behörden, Medien ständig miteinander im

Austausch stehen.

Was der Exportweltmeister Deutschland für eine bessere Kultur seiner Pflegeberufe tun kann, darüber informiert Friedhelm Hengsbach, emeritierter Professor für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, in einem ausführlichen Interview in diesem Pressedienst.

Weitere FFA-Pressedienstbeiträge zum Thema Kultur auf den Seiten 4 und 8.



Impressionen vom Fest „Von Bürgern für Bürger“ am 9.9.05 in Frankfurt. unter dem Motto KULTUR DER PFLEGE IST PFLEGE DER KULTUR

■ Inhalt

FFA intern Editorial	S. 3
Wie kann der Exportweltmeister Deutschland die Kultur der Pflegeberufe verbessern? Interview mit Prof. Friedhelm Hengsbach	S. 4 - 7
Jeder Mensch im Altenpflegeheim muss individuell und als Person behandelt werden. Interview mit drei Projektleitenden des FRANKFURTER SOFORTPROGRAMM	S. 8 - 13
BUCHBESPRECHUNG - Al(t)er Anfang ist schwer Rezension Generation Z von Reinhard Mohr	S. 14

■ Impressum

Der FFA intern Pressedienst kam im Juni 1996 – kurz vor Einführung der Pflegeversicherung im stationären Bereich – zum ersten Mal heraus und widmet sich besonders der stationären Altenpflege und ihrem Umfeld.

Werden Bücher, Videokassetten oder Broschüren vorgestellt, so können diese nicht von der FFA-Pressestelle aus verschickt werden. Bezugsadresse steht am Ende jedes Artikels, an die sich Interessenten wenden können. Herausgabe und verantwortlich für die Redaktion im Sinne des Presserechts:

Beate Glinski-Krause M.A.
Leiterin der Presse- und Kommunikationsstelle des
FRANKFURTER FORUMS FÜR ALTENPFLEGE

Oranienstraße 21 · 60439 Frankfurt am Main POSTADRESSE
Wiesenu 57 · 60323 Frankfurt am Main BÜROADRESSE
Tel.: 069 - 61 99 44 51
Fax: 069 - 61 99 44 52
Mobil: 0171 - 178 38 63
E-Mail: Ffm-Forum-Altenpflege@t-online.de
E-Mail: info@ffa-frankfurt.de
Home: www.ffa-frankfurt.de

Design und Layout
BOS-DRUCK GMBH · Frankfurt am Main

■ EDITORIAL 3/2002 von Beate Glinski-Krause

„DER STAAT MUSS DEN SCHWACHEN EINE WÜRDIGE EXISTENZ ERMÖGLICHEN“

Diesen Satz äußerte Bundesministerin Renate Schmidt während ihres Vortrags auf dem Bundeskongress „Wohnen der Zukunft – modernes Leben im Alter“ am 23. August 2005 in Berlin.

Zu Beginn des Kongresses erklangen die Stimmen mehrerer ältere Menschen. Eine von ihnen äußerte zum Thema Altenpflegeheim: „Das ist das Wartezimmer zum Tod!“. Und diese Aussage hatte indirekt eine Wirkung auf den gesamten Kongressablauf, auf dem u.a. selbst organisierte Wohnprojekte älterer Menschen vorgestellt wurden, wie auch Organisationen, die Hilfestellung leisten, um gemeinschaftliches Wohnen im Alter zu kreieren. Aber auch das Generationen übergreifende Wohnen kam zum Zug. Das alles ist wichtig und richtig. Denn momentan gibt es ein festgefahrenes Altenpflegesystem, in dem die feingliedrigen Wohnmöglichkeiten mit Pflege eigentlich fast noch völlig fehlen etwa Wohngemeinschaften für Demenzzranke. Wenn diese einmal existieren, dann könnte das in Erfüllung gehen, was Renate Schmidt auch aus Kostengründen nicht wünscht, nämlich rund 800 000 zusätzliche Pflegeplätze zu bauen bis zum Jahr bis 2050.

Ein Anteil von über 90 Prozent der älteren Bevölkerung Deutschlands wohnt derzeit noch im Bestand – das heißt in der eigenen Wohnumgebung. Der Restanteil lebt in neuen, möglichst barrierefreien Wohnformen oder in Altenpflegeheimen. Und um die Situation der Heime ist es schlecht bestellt, weil immer mehr demenzzranke Menschen dort einziehen, für deren Betreuung aber im Pflegeversicherungssystem zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.

Pflegeheime: Schmutzdecker-Image und zugleich oft letzte Rettung, wenn alles andere versagt

Bemängelt wurde während des Kongresses die Vollversorgung in den Einrichtungen, die im pflegebedürftigen Alter die Verantwortung für die eigenen Entscheidungen

abnehme und die Selbstbestimmung einschränke. Der alte Mensch müsse sich unterordnen und in den Tagesablauf einfügen. Doch wer weiß, wie es ist, wenn man tatsächlich schwach, krank und verwirrt ist. In diesem Zustand ist es eigentlich erforderlich, beste Betreuung und Pflege zu erhalten.

Obleich es während des ganzen Kongresses keinen Vortrag übers Pflegeheim gab, wurde in der Diskussion am Ende wohl eher ungewollt über Heime gesprochen. Der Berliner Architekt Eckard Feddersen zeigte Verständnis für die Notwendigkeit der Heime und riet, dass sie vom Pflegegedanken wegkommen müssten. Er hob hervor, dass Pflegeheime eine wichtige Errungenschaft der Moderne seien und eine Unterbewertung nicht verdienten. Ferner plädierte er dafür, das alten- und behindertengerechte Wohnen so allgemein im Bewußtsein der Bürger zu verankern, dass die individuellen und barrierefreien Wohnqualitäten als Standard für die gesamte Gesellschaft selbstverständlich würden.

Rechtzeitig sich Gedanken machen, wie man im Alter leben möchte

Renate Schmidt sprach authentisch über sich selbst, die „alternde Renate“. Sie forderte die Hörergemeinde dazu auf, die Tatsache des Altwerdens und Altseins nicht mehr so zu verdrängen. Wohnungspolitik wandle sich immer mehr zur Gesellschaftspolitik. Eine gewaltige Aufgabe für Kommunen, Baugesellschaften und die älter werdenden Menschen selbst. Denn Wohnen müsse der Ort des Erholens, Kräftesammelns und der gelebten Beziehung mit Freunden und Nachbarn sein. Es sei mehr als Zuhause, es sei Lebensstil und Lebensqualität. Und dies besonders vor dem Hintergrund, dass ältere Menschen gut vier Fünftes des Tages in ihrer Wohnung verbringen.

Wie kann der Exportweltmeister Deutschland die Kultur der Pflegeberufe verbessern?

Gespräch mit Prof. Friedhelm Hengsbach, emeritierter Professor für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen und Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts.

Friedhelm Hengsbach verfasste 2004 das Buch "Das Reformspektakel", in dem er kritisch Stellung nimmt zum Thema: Verstärkte Marktorientierung untergräbt soziale Grundrechte wie Gerechtigkeit und Solidarität. Was sind die Ursachen dafür, dass gesellschaftliche Risiken wie Pflegebedürftigkeit oder Krankheit immer stärker aus der solidarischen Finanzierung herausfallen?

Warum sind personennahe Dienstleistungen wie Alten- und Krankenpflege, die auf zwischenmenschlichen Austausch ausgelegt sind, nicht zu „verschlanken“, wie es etwa in der Autoindustrie durch Roboterstraßen möglich ist?

Der Autor sagt, dass der Markt – für sich betrachtet - ein anonymer Interessenausgleich von Leistung und Gegenleistung ist, in dem der humane Aspekt unmittelbar keine Rolle spielt. Hingegen bemessen sich Leistungen und Gegenleistung, das Geben und Nehmen in der Solidargemeinschaft nach unterschiedlichen Maßstäben – die Beiträge nach der Leistungsfähigkeit und der Hilfeanspruch nach dem Bedarf.

Auch diejenigen können mit der Solidarität der anderen rechnen, die in einer miserablen Lebenslage nur wenig oder gar nichts mehr zu leisten in der Lage sind. Eine Politik, die gesellschaftliche Risiken immer stärker privatisiert und den Schwachen und Arbeitslosen auflädt, muss regulierend auf die Finanzierung der Solidarsysteme im Interesse der Gesamtgesellschaft einwirken. Und sie muss die Finanzierungslast mutig und gerecht auf alle Schultern verteilen. Ansonsten gefährdet sie den sozialen Frieden und damit den Standort Deutschland.



Foto: Eckardt Krause

Das Foto entstand nach dem Interview am sehr schwülwarmen 4. Juli 2005. Während der Aufnahme fing es gerade an zuregnen – im Hintergrund: der Grundriss des Geländes von St. Georgen an der Offenbacher Landstraße in Frankfurt.

Interviewtext

1989 befürchtete Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Soziallehre, dass künftig für viele pflegebedürftige alte Menschen nicht genügend Pflegende da sein könnten. Teilen Sie diese Sorge?

Nicht ganz, denn gerade Pater von Nell-Breuning sagte, dass wir eigentlich nur zwei Tage in der Woche arbeiten müssten, um all die industriellen Güter herzustellen, die wir gegenwärtig brauchen.

Wenn dafür nur so wenig Zeitaufwand nötig sei, dann sollten wir für den Rest der Zeit die Dinge tun, die uns Freude machen, oder auch gerade jene personenbezogenen Dienste aneinander leisten. Damit hat er auch den Zeitrahmen angegeben, um solche Arbeiten zu erledigen. Ich bin nicht der Meinung, dass er alle diese Dienste hätte erwerbswirtschaftlich organisiert sehen wollen. Aber das ist eine weitere Frage, inwieweit sie erwerbswirtschaftlich oder zivilgesellschaftlich zu gestaltet sind

Das Magazin Stern titelte am 29. Juni 2005 mit dem Aufmacher „Land ohne Kinder“. Wie können Frauen den Spagat von Erwerbsarbeit, Kindererziehung und familiärer Altenbetreuung noch schultern?

Nur auf die Familie zu setzen, wird in Zukunft nicht funktionieren. Das muss alles so organisiert werden, dass jede und jeder während seiner Erwerbsarbeit diese personenbezogenen Dienstleistungen auch übernehmen kann. Die städtebauliche Entwicklung und die Wohnungssituation müssen so verändert werden, dass junge Familien in der Erwerbsphase auch mit Älteren nachbarschaftlich zusammen leben können. Ältere könnten dann Erziehungstätigkeiten an Enkeln oder an Kindern der Nachbarschaft leisten. Leider gibt es Stadtteile, die nahezu ausschließlich von Älteren oder nur von jungen Familien bewohnt werden. Dann sind diese wechselseitigen Dienste kaum möglich.

Das setzt ein völliges Umdenken und Umstrukturieren der Stadtplanung voraus, da muss ein bürgerschaftlicher Wille formuliert werden.

Die Stadtplanung müsste darauf ausgerichtet sein, das Zusammenleben verschiedener Generationen in einem Wohnquartier zu ermöglichen. Da sind bauliche Maßnahmen erforderlich, die jenseits der gegenwärtig praktizierten Zukunftsplanung liegen.

Das bedeutet, dass auch Unternehmen ihre Arbeitszeit anders strukturieren müssen.

Das steht an. Doch die Aufregung über die zukünftige demografische Entwicklung, dass nicht genug Erwerbstätige da sind, um das Bruttosozialprodukt sicherstellen zu können, halte ich für ziemlich übertrieben. Viel wichtiger wäre es, die Lebenswelt der unterschiedlichen Generationen gemeinsam zu organisieren – eine ganz neue Aufgabe.

Heute denkt man ja noch, dass häusliche Pflege familiäre Pflege ist, dass die 60-jährigen Frauen ihre 80-jährigen Eltern pflegen. Das ist auf die Dauer nicht vertretbar. Andererseits sind bei personellen Engpässen ausländische Zuwanderinnen und Zuwanderer in dieses Konzept der wechselseitigen personennahen Dienste einzubeziehen.

Da besteht die Debatte, dass die Menschen aus Osteuropa Arbeitsplätze wegnehmen.

Das sind aktuelle Sorgen. Doch die Konkurrenz um Arbeitsplätze trifft nur den kleineren Teil der Volkswirtschaft. Langfristig ist die internationale Arbeitsteilung für alle vorteilhaft. Das gilt sowohl für die deutschen als auch für die ausländischen Frauen und Männer, die in diejenigen Dienste vermittelt werden, die hier dringend erforderlich sind und erledigt werden müssen.

Das muss aber im erwerbswirtschaftlichen Rahmen bezahlt werden.

Ja, aber nicht allein von der Industrie. Die Industrie hat nicht das Recht, festzulegen, was als wertvoll gilt. Die Politik hat sich immer an der Industrie, der Exportwirtschaft und an den großen Konzernen orientiert. Und diese haben Maßstäbe für die Entlohnung in der Industrie gesetzt und haben die personennahen Arbeiten de facto abgewertet.

Das hat anfangs gar dahin geführt, unreflektiert industrielle Qualitätssicherungsmaßstäbe in personennahe Dienste zu übertragen.

Es ist pervers, dass man die Arbeit der Pflegedienste pro Zeiteinheit registriert und bewertet. Das entspricht absolut nicht dem Charakter personennaher Dienstleistungen, die auf Kooperation angelegt sind. Dort kommt es auf Kommunikation und Zuwendung an, das Ergebnis dieses Prozesses kann nicht quantitativ gemessen werden. Denn es geht im Ergebnis um Lebensqualität und Selbststimmung; etwa dass jemand mit den Beeinträchtigungen, die er hat, umzugehen lernt. Dieses Ergebnis wird im Prozess vermittelt.

Das könnte als Lebensqualitäts-Wertschöpfungsprozess bezeichnet werden.

Ja, das ist ein Wertschöpfungsprozess, der allerdings so viel mit dem Persönlichen zu tun hat, dass diejenigen, die ihn leisten, die qualitativen Maßstäbe ihrer Arbeit selbst definieren müssen. Das geht nicht von außen.

Themenwechsel: Die Staatsverschuldung von 1,5 Billionen Euro wird von Vertretern der so genannten Generationengerechtigkeit als lastende Hypothek bewertet. Auch der Spiegel vom 27. Juni 2005 stimmt darin überein. Wiegt diese wirklich so schwer?

Mit dem Begriff Generationengerechtigkeit kann ich wenig anfangen, da der Begriff Generation schwammig und diffus ist. Es kann weder eine Geschlechterfolge noch eine Jahrgangsstufe damit gemeint sein.

Eine präzise Abgrenzung erfolgt im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme zwischen den Erwerbstätigen und den noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen. Ich finde, dass die Vorstellung eines fürsorglichen Hausvaters, der seinen Kindern kein Haus mit einer Hypothek vererben möchte, auf den Staat und die Gesellschaft nicht übertragen werden kann. Denn der hohen Staatsverschuldung entspricht zugleich eine Geldvermögensbildung der privaten Haushalte. Das heißt, Schuldner- und Gläubigerposition verteilt sich auf die Angehörigen derselben Generation.

Das Schlimmste, was wir der nachwachsenden Generation antun können, besteht darin, dass wir den jungen Leuten, die jetzt aus der Schule entlassen werden, keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten, damit sie sich durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt verdienen.

Wie kann es dennoch gelingen, das brachliegende Potential an menschlichem Arbeitsvermögen zu heben?

Jene, die aus der gesellschaftlich organisierten Arbeit ausgegrenzt sind, sind nicht Ursache der Arbeitslosigkeit. Das wird häufig so dargestellt. Der Arbeitsmarkt ist ein abgeleiteter Markt, der nur in Gang kommt, wenn vorher auf den Gütermärkten eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist.

Das sieht man ja am Export. Der Export boomt, weil die weltwirtschaftliche Nachfrage nach deutschen Produkten so stark ist. Von daher beleben sich die vom Export abhängigen Arbeitsmärkte.

Wie wären die stagnierenden Arbeitsmärkte in Gang zu bringen?

Ganz grob unterscheidet man die Arbeitsmärkte für die Binnennachfrage und die der Exportnachfrage. Das Problem ist, dass die stagnierende Binnennachfrage die Arbeitsmärkte, die davon abhängen, lahm legt. Von daher bräuchte es eine intensivere Nachfrage nach Gütern, die – meiner Meinung nach – sehr stark im Bildungs- und Gesundheitsbereich bereitzustellen wären. Diese muss nicht ausschließlich privat organisiert sein, vielmehr wäre eine Kombination von privater und öffentlicher Nachfrage möglich und erforderlich.

Und wie steht's um die Pflege?

Auch die Bereiche der Pflege sind wie die Gesundheitsversorgung und Bildung öffentliche Güter und Grundrechte. Pflegebedürftigkeit ist ein gesellschaftliches Risiko, das trifft den einen oder anderen, unabhängig von seinem persönlichen Verhalten. Daher kann sie auch nur solidarisch abgesichert werden und öffentlich bereitgestellt werden. Die politische Klasse stolpert seit Jahren in die Falle der Steuersenkung, während die Nachfrage nach öffentlichen Gütern steigt. Wenn sie öffentlich bereitgestellt werden sollen, muss sich der Staat finanziell engagieren.

Da müsste er aber die Steuern woanders eintreiben und auch neu verteilen.

Die sozialen Sicherungssysteme sind angewiesen auf Mittel, die ihnen jenseits privater Kaufkraft zur Verfügung gestellt werden. Folglich muss sich der Staat gemäß seiner Sanktionsgewalt den entsprechenden

Zugriff zum Volkseinkommen und privaten Reichtum verschaffen, der notwendig ist, um diese Aufgaben zu finanzieren.

Der momentan bestehende Steuersenkungsdruck, der von den Konzernen ausgeübt wird, hat mit entfesselten Finanzmärkten zu tun.

Ich halte die Finanzmärkte für die Schlüsselgröße, um reales wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung zu schaffen. Die Finanzmärkte sind gegenwärtig aber in einem für Wachstum und Beschäftigung ziemlich kritischen Zustand. Für den sind die politischen Entscheidungsträger mit verantwortlich.

Die rot-grüne Koalition hat Unternehmenskosten, die durch eine Produktionsverlagerung in andere Länder entstanden sind, als steuermindernd anerkannt. Sie haben die Veräußerungsgewinne von Beteiligungen steuerfrei gemacht. Jetzt merken die Politiker, wie sehr sie durch ihre Entscheidungen zu den Krisenphänomenen auf den Finanzmärkten beigetragen haben. Folglich müssten politische Regelungen für die Finanzmärkte auf dem Programm einer nächsten Agenda stehen.

Das kann aber nicht nur für Deutschland gelten.

Ohne Kooperation der europäischen Regierungen gibt es keine Stabilisierung der Finanzmärkte. Gleichzeitig konkurrieren der angloamerikanische und der europäische Finanzstil miteinander. Wer sich als Sieger erweist, steht noch längst nicht fest. Es könnte sein, falls es der EU gelingt, die spekulativen Turbulenzen der Finanzmärkte in den Griff zu bekommen, dass in Europa langfristige reale Investitionen für die Unternehmen gewinnbringender werden als die kurzfristigen, sehr hektischen, mit hohen Risiken behafteten rein monetären Geschäfte.

Unsere erfolgreiche Exportwirtschaft hat auch etwas mit guter Bildung und Ausbildung zu tun. Warum sind viele personennahe Dienstleistungen im Verhältnis zur hohen Qualifikation des Personals unterdurchschnittlich entlohnt?

Solange die Primärverteilung, die von den Flächentarifverträgen bestimmt ist, ausgewogen bleibt, kommt es zu einem relativen Ausgleich. Auf diesem Weg sind früher die Verdienste im öffentlichen Bereich oder dem der Gesundheitsversorgung an die Gehaltsstruktur der Industrie angeglichen worden. So dass die Lehrer und Ärzte in

in Deutschland, nicht jedoch die Krankenpfleger und Physiotherapeutinnen ein Gehalt bezogen, das dem gehobenen Lebensstandard in Deutschland entsprach.

Warum haben wir dann jetzt die Probleme in Dienstleistungen wie der Pflege?

Seitdem die Tarifverträge schlecht geredet wurden, ist die Spreizung zwischen den Industrielöhnen und denen im öffentlichen Dienst größer wurden. Außerdem findet die sekundäre Umverteilung des Staates nicht mehr statt. Die Gewinne aus den „hochproduktiven“ Branchen werden nicht mehr über die Steuer- und Finanzpolitik in die „weniger produktiven“ Bereiche umgelenkt.

Der Staat bestreitet seine Einnahmen vorwiegend aus den Massensteuern, nachdem er die hohen Einkommen eher entlastet hat. Man muss das ändern. Man braucht eine andere Steuerpolitik und eine andere Einkommenspolitik, um den Transfer von den kapitalintensiven in die arbeitsintensiven Bereiche zu leisten.

Wie müsste der Staat tun, um eine gerechtere Verteilung zu erreichen?

Die Grundlagen der erwerbswirtschaftlichen Solidaritätsstruktur sind brüchig geworden. Es gibt nur noch ausnahmsweise lebenslange Erwerbstätigkeit. Es gibt auch nicht mehr die lebenslange Bindung einer nicht erwerbstätigen Frau an einen erwerbstätigen Mann und deshalb nicht mehr den normalen Haushalt mit mehreren Kindern. Wenn das nicht mehr funktioniert und wahrscheinlich auch zu Recht, müssten die Grundlagen der Solidarität erweitert werden.

Was schlagen Sie vor?

Unabhängig von der sozialen Stellung des Beamten, Richters, Bauern, Soldaten und Politikern und abhängig Erwerbstätigen werden alle in eine Solidargemeinschaft einbezogen. Die verschiedenen gesellschaftlichen Risiken wie Armut, Pflegebedürftigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht werden so abgesichert, dass alle, die ihren Lebensmittelpunkt im Geltungsbereich der Verfassung haben, einbezogen und alle Einkommen, die dort entstehen, beitragspflichtig sind.

Eine Abspaltung der Beschäftigungs-, Gesundheits-, Alters- und Pflegerisiken, deren Abfederung einer solida-

rischen Versicherung zugewiesen wird, von den Einkommensrisiken, deren solidarischer Ausgleich dem Steuersystem überlassen bleibt, ist zu vermeiden, weil zum einen das derzeitige Steuersystem nicht solidarisch ist und weil zum anderen die Einkommens- und die erwähnten Lebensrisiken verbunden auftreten.

Glauben Sie, dass sich die politische Klasse darauf einlässt?

Die Bezeichnung „politische Klasse“ kann den Eindruck erwecken, dass es keinen echten Austausch mehr gibt zwischen den Erfahrungen politischer Entscheidungsträger und den Erfahrungen derer, die etwa in Alten- und Pflegeheimen leben. Diejenigen, die über die Agenda 2010 entschieden haben, waren weit weg von den Folgen ihrer Entscheidungen, als sie die Zuzahlungen zu den Medikamenten und Dienstleistungen von Pflegebedürftigen in Altenheimen forderten. Das wird auch zugegeben, so dass es bereits im letzten Jahr zu raschen Änderungen kam.

Der rot-grünen Koalition fällt vor der Wahl noch einiges ein, was an Hartz IV verbesserungsfähig ist. Sie stehen unter dem Druck der Wählerinnen und Wähler, auf deren Wohlwollen sie angewiesen sind. Das macht sie anscheinend innovativ. Sie reagieren auf die Proteste der Demonstranten und die stumme Distanz derer, die nicht zur Wahl gehen.

Welche Rolle spielt hier das zivilgesellschaftliche Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen?

Ohne die Montagsdemos, die Alphabetisierung durch Attac, den Widerspruch der Gewerkschaften, die lautlose Enthaltung der Wählerinnen und Wähler und das Auftreten der Linkspartei hätte es die vorgezogenen Wahlen nicht gegeben. Zivilgesellschaftliches Engagement entsteht aus dem Leidensdruck der Betroffenen, aus dem Aufschrei und aus der öffentlichen Debatte derer, die ein angemessenes Einkommen beziehen und stabile persönliche Beziehungen haben. Ganz wichtig ist eine demokratische Kultur auf der kommunalen Ebene und die Netzwerk-Bildung von unten her.

Herr Prof. Hengsbach, ich danke Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Beate Glinski-Krause

Information zum Interview und zur Veröffentlichung erteilt die FFA-Press- und Kommunikationsstelle

KULTUR DER PFLEGE

ist PFLEGE DER KULTUR

Stadt Frankfurt engagiert sich für eine bessere Betreuungs- und Pflegekultur in den Frankfurter Altenpflegeheimen.

Dank eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt finanziert die Stadt seit 2001 psychosoziale Projekte, um damit ein Defizit der Pflegeversicherung zu kompensieren. Der Kreis der Heimleitenden des „Frankfurter Forums für Altenpflege“ regte dieses Programm an durch seine Kampagne: „Die Würde des Alters ist antastbar“, die seit 1999 auf den Zeitdruck des Pflegepersonals aufmerksam machte. Ein einmaliger Prozess in der Bundesrepublik Deutschland. Im Folgenden geben drei Projekt-Leitende des Frankfurter Sofortprogramms – die in den Heimen arbeiten - in einem Interview Auskunft über ihre Erfahrungen, die sie in fast fünf Jahren gesammelt haben.

Interview zum Sofortprogramm

JEDER MENSCH IM ALTENPFLEGEHEIM MUSS INDIVIDUELL UND ALS PERSON BEHANDELT WERDEN

Am 24. August 2005 trafen sich rund 25 Projektleitende des Frankfurter Sofortprogramms aus ihren Heimen. Sie blickten auf ihre Zusammenarbeit 2005 zurück. Seit Januar haben sie das Heft in die Hand genommen und organisieren selbst ihre Zusammenkünfte, in denen sie Weiterbildungen planen und den Erfahrungsaustausch pflegen. Gabriele Rister, zuständige Begleiterin des Kreises vom Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main, hat die Gruppe zu diesem Schritt ermutigt. Das Geld der Stadt soll für die gesamte Heimbewohnerschaft Frankfurts fruchtbringend und auf Dauer wirksam werden durch eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Handeln der Mitarbeiter. Wie das seit fünf Jahren erarbeitet wurde und weitergehen soll, darüber berichten nun drei Mitglieder des Gremiums, die sich mit Zustimmung des Sofortprogramm-Kreises und Gabriele Rister zu einem gemeinsamen Interview bereit erklärt haben. Rister wies ausdrücklich darauf hin, dass der Schwerpunkt der gesamten Projektarbeit im Bereich der Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen liegt.



FOTO – HARALD THIEME

Stellvertretend für alle Projektleitenden des Frankfurter Sofortprogramms geben - von links nach rechts, in der Sonne sitzend - Angelika Heise, Heike Wagner und Yasmine Hervé Antworten auf Fragen von Beate Glinski-Krause, FFA-Press- und Kommunikations-stelle, ganz links.

KULTUR DER VERNETZUNG

Was war am Anfang der Projekte 2001 und wie ist die Entwicklung bis heute verlaufen?

Dazu fällt mir ein, dass zu Beginn nur zwei oder drei Häuser mit einem segregativen Wohnbereich beginnen wollten. In diesem Wohnbereich leben nur Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Die Entwicklung im Sofortprogramm hat bis heute dazu geführt, dass in Frankfurt 19 Einrichtungen einen solchen Wohnbereich aufgebaut haben oder noch dabei sind. Das ist signifikant. In den 90er Jahren wurde das Zusammenleben von orientierten und nicht orientierten Heimbewohnern als allgemeines Konzept in den Pflegeheimen vertreten. Heute ist dieses Konzept nur noch bedingt umsetzbar, weil die Menschen bei der Heimaufnahme älter sind als noch in den 90er Jahren. Zudem sind immer mehr Menschen altersverwirrt und bedürfen einer anderen psychosozialen Versorgung, die von speziell ausgebildeten Pflegekräften sichergestellt werden muss.

ANFORDERUNGEN DER FÖRDERRICHTLINIE DES SOFORTPROGRAMMS

Die Projektarbeit im Sinne der Förderrichtlinie änderte sich seit 2003 dahingehend, dass der Zweck der Projekte darin besteht, die gewonnenen Erkenntnisse aus der Projektarbeit allen im Altenpflegeheim lebenden Bewohnerinnen und Bewohnern, die zu diesem Personenkreis gehören, dauerhaft zu Gute kommen zu lassen. Dies erfordert eine einrichtungsspezifische Konzeption, die Gewährleistung der Umsetzung und die regelmäßige Überprüfung der Zielerreichung. Ebenso ist die Qualifizierung der Mitarbeiter bezogen auf die Themenbereiche Pflegeprozessgestaltung und gerontopsychiatrische Kompetenz durchzuführen, um die Lebenssituation der Bewohnerschaft dauerhaft und nachhaltig zu verbessern. Die Qualifizierung soll idealerweise in der Einrichtung selbst erfolgen, da das Schulungsprogramm den Spezifika der Institution angepasst und damit das erworbene Wissen leichter im Alltag umgesetzt und im Team gemeinsam entwickelt werden kann.

Gabriele Rister

Welche Mittel stehen Ihnen fürs vernetzte Handeln im Sofortprogramm zur Verfügung?

Die Stadt stellt uns eine kostenlose Internet-Plattform zur Verfügung, die vom INBAS-Institut betreut und gepflegt wird. Über dieses elektronische Medium verständigen wir uns. Dort werden für uns Termine, Veranstaltungen, Protokolle, Projektberichte, Vordrucke, die Förderrichtlinie und mehr intern veröffentlicht. Der Zugriff auf diese Webseite ist nur den am Sofortprogramm beteiligten Altenpflegeheimen möglich. Allerdings ist für manche Projektleiter der Zugriff schwierig, weil Hard- und Software fehlen. Diese Plattform soll künftig noch mehr genutzt werden.

Daneben finanziert die Stadt aus den Mitteln des Sofortprogramms projektübergreifende Veranstaltungen wie z.B. ein Vortrag von Peter Dürrmann, Seniorenzentrum Holle, ein Gespräch mit den Pflegekassen oder auch eine Informationsveranstaltung zu RAI, einem Instrument, das zur Verbesserung der Pflegeplanung und Qualität in einigen unserer Häuser bereits genutzt wird. Eine weitere Veranstaltung, die sich mit Psychopharmaka beschäftigen wird, ist für November geplant.

Wie kam es zum Erfahrungsaustausch, der seit 2005 in neuer Form besteht?

Er wurde initiiert von der Stadt Frankfurt gemäß der Förderrichtlinie für das Sofortprogramm. Diese änderte sich seit 2001 geringfügig. Seit Ende des Jahres 2004 ist der Erfahrungsaustausch in die Hände der Projektleitungen übergegangen. Vorher wurden die Themen seitens der Stadt vorgegeben und nun haben wir selbst über die Themen zu bestimmen, auf die wir durch unsere Praxis kommen und die uns im gemeinsamen Austausch weiterbringen. Vorher haben wir projektbezogen gearbeitet. Wir führten den Austausch zunächst in drei getrennten Gruppen nach der Art der Projekte durch. Das heißt, es gab eine Sofortprogramm-Gruppe, die Einzelbetreuung in den betreffenden Häusern durchführte und sich dazu traf und austauschte. Die nächste behandelte Themen der Gruppen-Betreuung von demenzkranken Menschen und die dritte beschäftigte sich mit dem Aufbau von Wohngruppen für Menschen mit Demenz.

KULTUR DER VERNETZUNG

Und dann gab es einen Sprung!

Ja, wir haben festgestellt, dass wir in der zunächst separierten Projekt-Gruppenarbeit alle gleiche oder ähnliche Schwerpunkte haben, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das ist unabhängig davon, ob wir uns nun spezifisch mit Gruppen- oder Einzelbetreuung beschäftigen. Und an diesen Schwerpunkten mussten wir ansetzen, etwa im Bereich der strukturellen Veränderungen.

Was verstehen Sie denn unter strukturellen Veränderungen?

Unter strukturellen Veränderungen verstehe ich die Rahmenbedingungen, die erfüllt sein müssen, um letztendlich eine menschwürdige Pflege leisten zu können. Diese Rahmenbedingungen lassen sich nur im berufsübergreifenden Dialog schaffen. So haben wir im Erfahrungsaustausch z.B. auch darüber gesprochen, wie wichtig der Stellenwert der Hauswirtschaft im Rahmen der gesamten Projektarbeit ist. Personal der Hauswirtschaft muss in Fortbildungen einbezogen werden. Das stellt aber häufig ein Problem dar, weil viele Häuser ihre Hauswirtschaft von außen einkaufen. Mitarbeiter von anderen Firmen in Fortbildungen zu bekommen ist schwierig, weil der Fremdfirmenarbeitgeber diese Maßnahme bezahlen muss, bzw. seine Mitarbeiter für Fortbildungen freistellen muss.

Stellen somit die funktionierenden Beziehungen und konstanten Bezüge der tätigen Menschen im Heim eine Qualität für sich dar?

Nicht nur. Eine Strukturfrage ist auch die der Arbeitszeit. Wir brauchen etwa in den Projekten veränderte Arbeitszeiten. Auch die Bedingungen der Nahrungsaufnahme müssen sich verändern. Sie erfordern andere Zeiträume als sie im gegebenen Rahmen der Pflegeversicherung zur Verfügung stehen. Das gilt auch für orientierte Menschen.

KULTUR DES ESSENS UND DER ZEIT

Warum sind andere Zeiten erforderlich?

Weil sich Menschen mit Demenz nicht in zeitliche Abläufe einpressen lassen. Sie haben auch andere Bedürfnisse als orientierte Personen. Wir überlegen uns derzeit, ob wir eine bestimmte Bewohnergruppe aus dem allgemeinen Mittagessen herauslösen, um sie mehr gemäß ihren Bedürfnissen handeln zu lassen in Begleitung einer Pflegekraft. Zudem bekäme diese Gruppe Nahrung, die sie leichter zu sich nehmen könnte - etwa so genannte Fingerfood-Kost.

Auch diese Fragen werden im Erfahrungsaustausch besprochen. Andere Projekt-Mitarbeiter haben über erstaunliche Ergebnisse berichtet. Zum Beispiel, dass Erkrankte wieder selbständig wurden, sogar mit Besteck aßen, wenn sie mit Mitarbeitern im gemütlichen Ambiente zusammen waren - ohne Zeitdruck. Und "kleckern" ist hier kein Problem. Das ist alles sehr hilfreich und macht Mut gegen Widerstände anzugehen.

Wie wirkt sich der heimübergreifende Austausch aus?

Ich bin in meinem Projekt für Einzelbetreuungen zuständig. Ich habe erst im Laufe der Zeit gelernt, dass Einzelbetreuung kein isoliertes Angebot im Heim ist, sondern in bestimmten Situationen einfach für unterschiedliche Bewohner erforderlich ist: Etwa wenn eine demenzkranke Person neu ins Heim einzieht oder wenn Krisensituationen da sind, ist Einzelbetreuung besonders notwendig für desorientierte Menschen, aber auch für die orientierten.

KULTUR DES EXPERIMENTIERENS UND DER WEITERBILDUNG**Ist denn das A und O in Pflege und Betreuung die glückende Beziehung?**

Nicht nur, auch die Fortbildung spielt eine entscheidende Rolle. Sie ist auch durch die hohe Personal-Fluktuation erforderlich, die zum Teil in der Pflege besteht. Zum anderen vergessen die ausgebildeten Kräfte auch Fachwissen, das wieder aufgefrischt werden muss. Und es kommen neue Erkenntnisse hinzu. Was unser Beispiel Essen angeht, sollte man sich in der Pflege öfters in die Rolle der Bewohners versetzen und sich fragen: Muss dieser Mensch jetzt unbedingt passierte Kost bekommen? Reichte es nicht auch, das Essen einfach klein zu schneiden? - Wichtig ist auch darüber nachzudenken, wie viel Zeit ein Mensch zum Essen braucht. Das Essen dauert bis zu 15 Minuten und viel länger. Eigentlich haben wir zu wenige Mitarbeiter während der Essenszeiten, um die Speisen in der nötigen Zeit bedürfnisorientiert anzureichen.

Sie haben ja auch Fortbildungen, um z.B. andere Pflegemodelle kennen zu lernen.

Wir haben 2004 an einer Tagesveranstaltung mit dem Begründer des psycho-biografischen Pflegemodells, Erwin Böhm, teilgenommen. Die Finanzierung für die Teilnahme erfolgte aus Mitteln des Sofortprogramms. Zwei Frankfurter Heime arbeiten nach diesem Modell.

KULTUR DER PERSONENNAHEN DIENSTLEISTUNGEN

Die Pflegeversicherung vergütet fast nur körperliche Hilfeleistungen. Dadurch ist gerade in den Heimen in den letzten zehn Jahren eine schwierige Situation für die Mitarbeiter entstanden, die immer mehr Demenz-erkrankte zu versorgen haben, die eigentlich der psychosozialen Betreuung bedürfen. Wie stellen Sie sich eine Reform des Pflegegesetzes vor?

Es wird so nicht bleiben, wie es ist. Gerade bezüglich der in den Pflegeheimen lebenden Menschen muss es verändert werden, so dass man von der somatischen Sichtweise

abkommt und eher die psychosoziale Perspektive einnimmt. Die Heime nehmen im zunehmenden Maße Menschen im fortgeschrittenen Stadium einer Demenz auf, die eine völlig andere Begleitung verlangt als die einer rein somatischen Erkrankung. Andererseits geht das hohe Alter oft mit einer steigenden Mehrfacherkrankung einher, die einer intensiven Behandlungspflege bedarf - auch bei dementiell Erkrankten.

Egal, welche Gebrechen jemand hat, die Menschen in den Pflegeheimen wollen individuell behandelt werden. Es kann nicht sein - wie Böhm kritisiert - dass morgens um 7.00 Uhr alle geweckt werden und dann fängt die "Waschstraße der Grundpflege" an. Es ist auch anders machbar! Arbeitsabläufe müssen bedacht werden. Die Biografiearbeit muss stärker in die Pflegeplanung integriert werden.

Das kann zwar angeordnet werden. Wenn diese Notwendigkeit von Mitarbeitern nicht als wichtig erkannt wird, findet keine wirkliche Umsetzung statt.

Was das Frankfurter Sofortprogramm schon nach dem ersten Jahr gezeigt hat ist, dass alles, was wir mit demenzkranken Menschen erlebt und erfahren haben, auf alle anderen Einrichtungen übertragbar ist. Und zu erst ist zu sagen: JEDER MENSCH HAT DAS RECHT, ALS INDIVIDUUM UND ALS PERSON BETREUT UND BEHANDELT ZU WERDEN.

Diese industrielle Struktur, die Sie hier kritisch beschreiben, ist ein Ergebnis der Rahmenbedingungen, in denen sich Pflege und Betreuung vielerorts ereignen. Glauben Sie, dass diese Struktur dem Ansehen der Altenpflege in den letzten zehn Jahren geschadet hat?

Sicherlich ist das der Fall. Andererseits sind heute Angehörige manchmal erstaunt, dass ihre Pflegebedürftigen nicht nur Bilder, sondern auch Möbelstücke mit ins Pflegeheim bringen können. Da hat sich unterdessen auch einiges geändert. Wenn jemand ins Heim zieht, dann unterschreibt er einen Mietvertrag, einen Pflegeleistungs-Vertrag und einen über Hauswirtschafts-, Verpflegungs- und Betreuungsdienstleistungen. Das sehen viele Menschen noch nicht so. Auch die Besuchszeiten sind aufgehoben, was noch nicht überall angekommen ist. Solche Reglementierungen sind aber noch tief im öffentlichen Bewusstsein verwurzelt. Hier muss sich etwas verändern, auch in den Köpfen der Mitarbeiter.

KULTUR DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGA- GEMENTS

Wie gelingt die Einbeziehung der Ehrenamtlichen ins Heim?

Das ist ganz unterschiedlich: Je nachdem, wie lange ein Haus besteht. Es gibt Heime, die hier bereits eine lange Tradition haben. Einrichtungen die noch neu sind, müssen hieran arbeiten und die Menschen im Stadtteil für dieses Engagement motivieren. Die Sofortprogramm-Projekte sollen eine nachhaltige Wirkung haben, so werden wir in unserem Haus bewusst an diesem Thema arbeiten und die Kirchengemeinde verstärkt mit einbeziehen.

Und wie bekommen Ehrenamtliche Handlungssicherheit im Heim, vor allem wenn's um die Begleitung desorientierter Heimbewohner geht?

Was die fachliche Fortbildung von Ehrenamtlichen angeht, beziehen wir sie in Weiterbildungsangebote der Häuser ein - etwa wenn es um das Wissen des Umgangs mit dementiell Erkrankten geht. Auch das Institut für Sozialarbeit bildet Ehrenamtliche aus, die dann Bewohner in Altenpflegeheimen besuchen und begleiten. Es gibt zudem sehr interessierte Ehrenamtliche, die an vielfältigen Fortbildungen des Heims teilnehmen. Dabei hat sich gezeigt, dass sie zusammen mit den Mitarbeitern in einen Kontakt kommen, der die gegenseitige Akzeptanz, das Vertrauen und das Miteinander stärkt.

KULTUR DER PARTNERSCHAFT

Innerhalb der Projektarbeit haben Sie einen sozialen Lernprozess im Vermitteln von neuen Erkenntnissen und Handlungsweisen durchlaufen. Dazu brauchen Sie die Unterstützung der Leitenden des Hauses und die Akzeptanz des Personals, damit Veränderung möglich ist. Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht?

Im Rahmen der Projektarbeit haben wir in den letzten drei Jahren einen Wohnbereich für Menschen mit Demenz aufgebaut. Unsere Zusammenarbeit auf der Mitarbeiter- und Leitungsebene ist inzwischen eng. Wir haben gemeinsame Übergabe- und Fallbesprechungen, planen zusammen die Aktivitäten des Wohnbereiches und arbei-

ten an der Verbesserung unserer Dokumentation. Im Rahmen der Verstetigung des Sofortprogrammprojekts sollen das Wissen und die Erfahrung jedoch allen Bewohnern zu Gute kommen. Von Anfang an wurden daher die Fortbildungen für alle Mitarbeiter des Hauses zugänglich gemacht. Sie konnten und können sich z.B. weiterbilden über Themen wie: Grundlagen der Demenz und der personenzentrierten Arbeit, über Medikation bei Demenz oder auch darüber, wie man ohne großen Kraftaufwand Menschen mit körperlichen Einschränkungen so unterstützt, um z.B. vom Stuhl ins Bett zu kommen. Der Fachbegriff dafür heißt: Kinästhetik.

Wir haben - Dank der städtischen Mittel - nun auf jedem Wohnbereich Mitarbeiter in Pflege, Betreuung und Hauswirtschaft, die Grundlagenwissen über alle diese Themen besitzen. Auch die Weiterbildung zur Sterbe- und Trauerbegleitung wurde angeboten. Auf dem Wohnbereich für Menschen mit Demenz arbeiten wir mit dem so genannten DCM. Dies ist ein Beobachtungsinstrument, das den Mitarbeitern die Möglichkeit bietet, Handlungen bewusst zu reflektieren und sich in die Befindlichkeit der Bewohner einzufühlen.

Ist die Kommunikationskultur in ihren unterschiedlichen Formen wesentliche Grundlage für die Lebensqualität im Heim?

Ganz bestimmt. Vor diesem Hintergrund haben wir in unserem Haus mit Sofortprogramm-Mitteln auch Fortbildungen zu den Grundlagen der Kommunikation durchgeführt, an denen das gesamte Personal teilgenommen hat: von der Verwaltung über die Haustechnik bis hin zu Pflege und Betreuung. Gerade das Krankheitsbild Demenz verlangt ein Wissen und eine Kommunikation, die eine menschenwürdige Behandlung gewährleisten. Solche Fortbildungen wurden auch in anderen Häusern durchgeführt.

Welche Aktivitäten wurden in Häusern noch angeboten?

Ich habe ein Fortbildungskonzept für unser Personal entwickelt. Schwierigkeiten ergeben sich immer dann, wenn Teilnahmewillige keinen Ersatz am Arbeitsplatz haben, dann können sie nicht mitmachen. Mitarbeiter aus Pflege, Sozialdienst und Ergotherapie haben immer teilgenom-

KULTUR DER PARTNERSCHAFT

men und auch Ehrenamtliche waren eifrig dabei. Zudem gehe ich mit diesem Konzept auch in zwei weitere Frankfurter Heime. Es zeigt sich auch, dass die Unterstützung Angehöriger von dementiell Erkrankten im Heim gestärkt werden muss.

Darüber hinaus biete ich eine Einheit "Kommunikation und Umgang mit dementiell erkrankten Menschen" sogar in einem hiesigen Krankenhaus an; denn wie man mit demenzkranken Patienten umgeht, damit müssen sich Pflegende in Kliniken stärker beschäftigen. Die Krankenschwestern haben sehr intensiv gefragt: Was passiert mit einem dementiell Erkrankten, wenn er nach einer Operation wieder aufwacht? Wie gehen wir mit ihm um? Wie können wir sein Verhalten verstehen und angemessen auf ihn eingehen?

Somit sind beständige Fort- und Weiterbildung - hier wie dort - unumgänglich.

Mitarbeiter brauchen ständig Fortbildung. Doch das heißt auch Kosten und Zeit, denn Mitarbeiter müssen freigestellt werden, wenn Kurse veranstaltet werden. Wie können wir da sparen?

Da haben wir gesagt, wir öffnen die Fortbildungen für andere Häuser am Ort, um z.B. den angebotenen Kurs in einem Haus voll zu bekommen bzw. ein breiteres Spektrum an Fortbildungen für alle Häuser sicherzustellen. Es müssen so nicht gleich zehn Mitarbeiter in einem Haus an einem Tag freigestellt werden. Insgesamt zeigt sich: Der Austausch innerhalb der Altenpflegeheime einer Stadt führt zu einer übergreifenden Qualitätsentwicklung, die die speziellen Profile der einzelnen Einrichtungen in ihrer Individualität nicht beeinträchtigt.

Sie kümmern sich derzeit auch um medikamentöse Behandlung bei Demenz und die Wirkung von neurologischen Medikamenten. Wie gehen Sie vor?

Es geht uns um Grundlagenkenntnisse von Medikamenten in der Demenztherapie, die nicht verordnet werden, weil sie zu teuer sind. Wir wollen aber noch mehr wissen und uns ein Bild darüber verschaffen, welche Nebenwirkungen entstehen können und auf welche Begleiterscheinungen man achten muss. Das erfordert eine möglichst partnerschaftliche Kooperation von Pflegenden mit Ärzten und Apothekern.

Das Leben im Altenpflegeheim soll nicht nur als letzte Phase des Lebens verstanden werden, obgleich es de facto so ist. Wie kann es zum Ort optimaler Betreuung werden?

Es geht nicht um das Optimale. Was ist optimal? Es geht um die individuelle und personale Ansprache der Menschen in Pflegeheimen. Was der Mensch persönlich in seiner letzten Lebensphase braucht, das ist ausschlaggebend für das Handeln des Personals, der Ehrenamtlichen, der Angehörigen. Das kann nicht von außen über Gesetze bestimmt werden.

ICH DANKE IHNEN FÜR DAS GESPRÄCH

Kultur der Pflege ist Pflege der Kultur: Das Personal in Pflege und Betreuung in Altenpflegeheimen muss in der Ausübung und Fortbildung seiner Tätigkeitsbereiche die Spielräume haben, um den Beruf vorbildlich ausüben zu können im Sinne des Einfühlens, der Kreativität, der reflektierten Zuwendung und Nächstenliebe.

„JEDER MENSCH IM ALTENPFLEGEHEIM HAT DAS RECHT, INDIVIDUELL UND ALS PERSON BEHANDELT ZU WERDEN.“

TEXT: BEATE GLINSKI-KRAUSE

BUCHBESPRECHUNG

Al(t)er Anfang ist schwer

"Der kranke Alleinleidende lebt exterritorial, er ist ein doppelt Vertriebener. Denn sein Reich, das bunte Beziehungsgeflecht der unbegrenzten Freiheit, existiert nur jenseits von Viren und Bakterien. Schon dauerhaft schlechte Laune schränkt den üblichen Bewegungsspielraum empfindlich ein. Dem Single geht es nur gut, wenn es ihm gut geht. Der Pflegefall ist ausgeschlossen." (S.108)

Da haben wir es. In den fünfziger Jahren geboren, erreicht man dieser Tage eben jene fünfzig, steht kurz davor oder hat es bereits hinter sich.

Reinhard Mohr beschreibt in seinem Buch „Generation Z“ einen, der auszog um jung zu bleiben und sich nun wieder findet als alternder Mann.

Es ist vergnüglich zu lesen, wenn man denn sich identifizieren kann mit der Spezies derer, die studiert, politisiert und mittlerweile arriviert sind. Die Entwicklung von der Kommune zur „Einzel-WG“, vom Demonstranten zum Spiegelredakteur, vom beziehungs scheuen Liebhaber, der nun zaghaft anfragt, was bleibt.

Man kann dem Autor unterstellen, dass er ehrlich vorgegangen ist, vielleicht bis zur persönlichen Schmerzgrenze in der Darstellung eines Lebensgefühls dieser Generation „Z“, die er für Zaungäste hält.

Mit spitzer Feder und ironisierend beschreibt er treffend den Seelenzustand eines Grübelnden, der Ideale noch erinnert, aber nicht mehr lebt, der erstaunt feststellt, dass die Zeit vergeht und rücksichtslos Spuren hinterlässt, auf der Haut und anderswo, die auch mit der Fülle an Erinnerung schwungvoller Tage nicht zu glätten sind.

Leider endet die Geschichte an diesem Punkt. Es gibt im

Buch keinen Ausblick und keinen Entwurf, wie es weitergehen kann nach dieser Bestandsaufnahme des aufziehenden Älterwerdens. Und es gibt keinen Hinweis darauf, dass eben diese Generation ebenso verantwortet, was in unserer Gesellschaft das Altern schwer macht: verlogene Bilder von Jugend und Dynamik, einen Arbeitsmarkt, der die Fünfzigjährigen bereits jetzt schon gnadenlos aussortiert und politisch Verantwortliche, die anscheinend das Thema Altern in unserer Gesellschaft als Agenda St. Nimmerleinstag betrachten.

Dem Ernstfall ist Herr Mohr bei seiner Bilanzierung jedenfalls ausgewichen. Aber er zeigt, warum sich diese Generation so schwer tut mit dem Älterwerden und dies macht das Buch lesenswert.

TEXT. DORIS NEUMANN-ENDERS

- Reinhard Mohr:
„Generation Z oder von der Zumutung, älter zu werden“,
Verlag Fischer 2004,
221 Seiten.
Preis: 8,90 Euro.

